Stenographisches Protokoll

15. Sitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages
Donnerstag, 15. Juli 1997

Tagesordnung

- 1.
- 2.
3. Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG
4. Objektivierungsgesetz, Änderung
- 5.
- 6.
- 7.

- 8.

- 9.

- 10.

- 11.
- 12.
- 13.

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 181) über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG) (Zahl 17 - 125) (Beilage 195)

Berichterstatter: Bi eie r (S. 871)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 877)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 182), mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (Zahl 17 - 126) (Beilage 196)

Berichterstatter: Bi eie r (S. 871)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 877)

Präsident

Gemeinsame Debatte:

Redner: Ing. Poglitsch (S. 872), Dkfm. Helga Braunrath
(S. 873), Elisabeth Ficker (S. 875) und Landesrätin
Christa Prets (S. 877)

des-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG), Zahl 17 - 125, Beilage 195.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Bieler.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Bieler: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf Ihnen den Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 181, über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG), Zahl 17 - 125, Beilage 195, zur Kenntnis bringen.

Ziel dieses Gesetzes ist die Verankerung des Grundsatzes des Gleichbehandlungsgebotes sowie besonderer Förderungsmaßnahmen für Frauen im Bereich des öffentlichen Dienstes im Burgenland.

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner 9. Sitzung am Mittwoch, dem 9. Juli 1997, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht legte ich folgenden Abänderungsantrag vor: "Die im Titel bezeichnete Regierungsvorlage wird wie folgt geändert:

1. Im ~ 10 entfällt der Absatz 2; im Absatz 1 entfällt die Absatzbezeichnung '(1)'.
2. Im ~ 14 entfällt der Absatz 3.
3. Im ~ 15 entfällt der Absatz 3.

Mein Antrag, diesem gegenständlichen Gesetzentwurf mit den von mir beantragten Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Namens des Rechtsausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG), mit den beantragten Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Sipötz: Ich ersuche nunmehr den Herrn Berichterstatter Bieler um seinen Bericht zum 4. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 182, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, Zahl 17 - 126, Beilage 196.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Bieler: Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, in seiner 9. Sitzung am Mittwoch, dem 9. Juli 1997, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 181) über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG) (Zahl 17 -125) (Beilage 195)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 182), mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (Zahl 17 - 126) (Beilage 196)

Zweiter Präsident Sipötz: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 181, über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Lan-

Ing. Poglitsch

Mein Antrag wurde ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gegen die Stimme der FPÖ mehrheitlich angenommen.

Namens des Rechtsausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Danke für Ihren Bericht. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, daß General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erster Redner ist Herr Abgeordneter Ing. Poglitsch zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Ing. Poglitsch** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Vor uns liegt der Gesetzentwurf über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden. Das ist gut so, weil schon seit längster Zeit ein solches Gleichbehandlungsgesetz auch bei uns im Burgenland etabliert gehört. Der Anwendungsbereich ist dreigliedert. Einerseits im Bereich der Bediensteten und überall dort, wo es ein Dienstverhältnis zum Land gibt, im zweiten Bereich Lehrlinge und im dritten Bereich Bewerber und Bewerberinnen. Was mich bei diesem Gesetzentwurf ein bißchen traurig stimmt, ist die Tatsache, daß dieser größtenteils vom Bundes-Gleichbehandlungsgesetz übernommen wurde. Er ist diesem sehr ähnlich und hat natürlich auch den einen oder anderen Mangel.

Einen Punkt auch noch zur Entstehung des Gesetzes. An sich ist dieser Gesetzentwurf wie ein Dieb in der Nacht, um biblisch zu sprechen, über uns hereingefallen, wir wußten weder Stunde noch Tag. Es hat auch keine Begutachtungsfrist gegeben. Man kann sich natürlich vorstellen, daß die verschiedensten Frauenbewegungen, seien sie nun von katholischer, evangelischer oder politischer Seite, nicht unbedingt mit dieser Vorgangsweise Freude gehabt haben.

Im ersten Abschnitt dieses Gesetzentwurfes unter dem Titel "Gleichbehandlungsgebot", wo es darum geht, daß auf Grund des Geschlechtes niemand diskriminiert werden darf und soll, geht es um die Bereiche Begründung eines Dienst- beziehungsweise Arbeitsverhältnisses, um die Festsetzung der Entgelthöhe, um gewisse Benefiz- beziehungsweise Sozialleistungen freiwilliger Natur, um die Aus- und Weiterbildung, um den beruflichen Aufstieg, um die Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz und um die Beendigung eines bestehenden Dienstverhältnisses.

Ich möchte in meinen Ausführungen die Punkte kurz auflisten, mit denen wir uns nicht wirklich identifizieren können: Das ist der 9 9 "Vertretung von Frauen in Kommissionen". Wie Sie wissen, gibt es nach den Dienstrechtvorschriften in puncto Personalangelegenheiten auch Kommissionen, die zum Einsatz kommen müssen, und diese sollen nach Bedachtnahme paritätisch besetzt werden. Uns ist es sicher zu wenig, nur nach Bedacht-

nahme paritätisch zu besetzen. Unsere Forderung wäre, daß in jedem Fall paritätisch besetzt werden muß, das heißt, gleich viele Frauen wie Männer in diesen Kommissionen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Bei den Rechtsfolgen der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes schaut es so aus, daß fünf Monatsbezüge der Gehaltsstufe 2, Dienstklasse V, als "Strafe" vorgesehen sind. Ich bin wirklich glücklich, daß es diesen Abänderungsantrag gegeben hat, daß diese "Rabattierungsfälle" sozusagen aus der Welt geschaffen wurde, weil das wäre ja noch das Beste, wenn man mehrere Fehler macht, daß man nur mehr geteilt bezahlen muß und nicht mehr pro Kopf diese "Strafe" zu begleichen hat.

Beim 9 14 "Beruflicher Aufstieg vertraglich Bediensteter", wo die Entgelt Differenz für fünf Monate zu begleichen ist, hat es auch diese "Rabattierungsregelung" gegeben. Diese ist gefallen, aber wir meinen, daß nicht fünf Monatsgehälter, sondern die wirklich anstehende Zeit, in der zu wenig ausbezahlt wurde, zu bezahlen ist.

Beim 9 20 "Einteilung", geht es um drei Einrichtungen, um die "Gleichbehandlungskommission", die "Gleichbehandlungsbeauftragten" und um die "Kontaktfrauen".

Zum 9 21 "Einrichtung und Mitgliedschaft". Die Gleichbehandlungskommission sollte unserer Meinung nach unbedingt paritätisch besetzt werden. Das heißt, dieser Kommission sollen auf jeden Fall gleich viele Frauen wie Männer angehören.

9 25 "Verfahren vor der Gleichbehandlungskommission". In diesem Paragraph schaut es so aus, daß es außer beim 9 7, bei der sexuellen Belästigung, reicht, daß man den Umstand glaubhaft macht. Unserer Meinung nach wäre dies auch für den 9 25 notwendig gewesen. Wir alle wissen, was es bedeutet, wenn man in so einen Fall verwickelt ist und dann noch in Beweisnotstand ist.

Im 9 26 "Bestellung der Gleichbehandlungsbeauftragten" und im 9 28 "Kontaktfrauen" sieht es so aus, daß diese Damen beziehungsweise Herren bei den Kontaktfrauen bestellt werden. Da besteht ein großer Unterschied zum Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, wo diese Damen beziehungsweise Herren nicht bestellt, sondern gewählt werden. Das wäre unserer Meinung nach der richtige Weg, nämlich zu wählen und nicht zu bestellen.

Im Bereich des 9 33 "Frauenförderungsgebot" meinen wir, daß der Förderungseffekt sicher nicht gegeben ist, weil wieder die Worte "Bedacht nehmen" dabei stehen. Das heißt, man sollte darauf Bedacht nehmen, daß gewisse Dienstposten mit Frauen paritätisch besetzt werden. Nach unserer Meinung müßte auf jeden Fall in diesem Bereich ein Gebot drinnenstehen, wo unbedingt vorgesehen ist, daß, solange es nicht so viele Frauen in gewissen Bereichen gibt wie Männer, unbedingt Frauen vorzuziehen sind. *(Abg. Gertrude Spieß: Wie bei Euch im Landtag.)*

Grundsätzlich sind wir für dieses Landes-Gleichbehandlungsgesetz. Nur in gewissen Bereichen kommt mir

Dkfm. Helga Braunrath

dieser Gleichbehandlungsgesetzesentwurf so vor wie nach dem Motto: "Wasche mir den Pelz, aber mach mich nicht naß". Zur Änderung des Objektivierungsgesetzes darf ich Ihnen sagen, daß wir nicht für die Änderung des Objektivierungsgesetzes sind, solange es nicht gesamt reformiert wird. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident **Sipötz**: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dkfm. Helga Braunrath das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Dkfm. Helga Braunrath** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und die wenig noch anwesenden Herren! Bei meinem Vorredner tue ich mich jetzt schwer. Sie werden es nicht glauben, ich habe den Eindruck, Sie haben sich endlich einmal, Herr Kollege Poglitsch, sehr genau mit der Materie auseinandergesetzt. *(Abg. Niska: Endlich einmal?)* Sie haben es auch offenbar sehr gründlich studiert, was bei Ihnen oder Ihren Kollegen nicht immer selbstverständlich ist. Andererseits kommt gleich wieder die Peitsche nach dem Zuckerbrot.

Ihre Krokodilstränen, wie sehr Sie für dieses Gesetz sind und was Sie nicht alles noch haben hätten wollen, wirken nicht überzeugend, wenn man erstens von Ihrem Parteiprogramm ausgehend in Ihrem ganzen Verhalten eine ziemlich scharfe Frauenfeindlichkeit immer wieder finden kann. *(Abg. Ing. Poglitsch: Wo haben Sie das gelesen?)*

Ich habe es studiert, die Rolle der Frau in Ihrem Programm ist eigenartig. Aber Sie sind ja der lebende Beweis dafür: das Mandat, auf dem Sie sitzen, hat eigentlich eine Ihrer Kolleginnen erobert, nur durfte sie dann nicht in diese Höhen vordringen. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Ing. Poglitsch: Das ist Ihre Sicht der Dinge.)* Das ist nicht meine Sicht der Dinge, sehr ist sehr breit auch in allen Medien erörtert worden. Sie stecken auch sonst alles den Medien, ob es stimmt oder nicht, wie gestern der "große" Eisenstädter Stadtparteiobmann Hofer, der sich an der Stadtplanung stößt, was die Medien, das muß ich leider sagen, sehr oft ungeschaut übernehmen. Ich muß doch annehmen, daß es richtig war, was in Ihrer Causa mit dem Mandat passiert ist. Das ist Ihre Angelegenheit, da haben Sie wieder recht. *(Abg. Mag. Gradwohl: Der Hofer soll lieber auf etwas anderes schauen.)* Würde ich auch meinen, er hätte Grund genug.

Der Gesetzesentwurf über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden ist der Titel dieses Entwurfes, mit dem wir uns auseinandersetzen. Meine Damen und Herren! Ich möchte sagen, dieser sehr umfangreiche Titel sagt eigentlich schon, worum es geht. Friedrich Schiller sagte einmal interessanterweise in der "Braut von Messina": "Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb." Das beschreibt sehr genau die Verhandlungsposition der burgenländischen Volkspartei in den Jahren, an denen wir an diesem Entwurf gekiefelt haben.

Die Umsetzung des Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes sowie die Anpassung an das EU-Recht haben

uns eben diese "Not" oder "Pflicht" auferlegt, das umzusetzen. Der Standpunkt der burgenländischen VP war, daß wir ein schlankes Gesetz und weniger neue Instanzen wollten. Wir mußten dann im Laufe vieler und zugegebenermaßen zäher Verhandlungen einsehen, daß gewisse Konstruktionen von neuen Instanzen unumgänglich notwendig waren. Wir haben das eingesehen und fügen uns. *(Abg. Ing. Poglitsch: Das heißt, Sie haben das zur Begutachtung gehabt?)* Wir haben, nachdem wir Jahre in diesem Land - oder immer schon - Verantwortung tragen, Parteienverhandlungen darüber geführt, denn das ist ja unsere Pflicht. *(Abg. Dipl. Ing. Berlakovich: Ihr habt es ja auch im Ausschuß gehabt.)*

Das Gesetz wird nicht erst in der Periode, seit ein Mann von Ihnen in der Landesregierung sitzt, sondern seit vielen Jahren - seit einigen Jahren - verhandelt, Sie müssen sich nicht daran stoßen. Wir haben es nicht zur Begutachtung gehabt, wir haben mitgearbeitet, und zwar schon seit etwa drei Jahren. *(Abg. Glaser: Das war schon lang bevor Du in den Landtag gekommen bist.)* Seit etwa drei Jahren arbeiten wir an diesem Entwurf. *(Zwiesgespräche in den Bänken)* Er hört nicht zu, Herr Präsident, dort nicht und da nicht.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Es sind Ihre Kollegen, die sich unterhalten, von den Freiheitlichen sind nur zwei da, die können sich nicht unterhalten.

Abgeordnete **Dkfm. Helga Braunrath** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Der Abgeordnete Poglitsch gehört einstweilen noch nicht zu uns. Es hat sich unter anderem, wollte ich Ihnen nur sagen, deshalb so lang verzögert, weil vom Europäischen Gerichtshof auch ein Erkenntnis ergangen ist, das uns sehr lang in der Arbeit zurückgeworfen hat. Ich komme noch darauf zu sprechen. Sie haben gesagt, Sie haben es genau studiert, Sie müßten das wissen. Also stoßen Sie sich nicht daran, daß Sie es nicht zur Begutachtung hatten. *(Abg. Ing. Poglitsch: Ich stoße mich daran, daß es gewisse Institutionen nicht zur Begutachtung gehabt haben.)*

Es ist eigenartig, daß gerade Sie sich zu einem Frauenanwalt aufspielen. Aber lassen Sie mich fortsetzen. Was ich damit sagen wollte, ist, daß wir oft selber beklagen, daß es zu viele Gesetze, zuviel Bürokratie gibt. Wenn es aber darauf ankommt, und das werfe ich auch an unsere eigene Brust, dann sind wir nicht in der Lage, diese Rationalisierung und diese Verminderung auch umzusetzen. Gerade dieses Landes-Gleichbehandlungsgesetz ist ein Beispiel dafür.

Es gibt aber auch etwas Positives dazu zu sagen, nämlich, daß es eine sehr genaue Ermittlung der Vollzugskosten enthält, die sich übrigens auch in eher bescheidener Höhe halten. Ich kann mich bei den Ausführungen zum Inhalt kurz halten, nachdem der Kollege Poglitsch das sehr detailliert behandelt hat. Es geht darum, eine Gleichbehandlung bei der Einstellung, bei Beförderungen und bei der Weiterbildung zu erzielen. Bei Nichtbeachtung drohen Sanktionen in Form von Schadenersatzzahlungen, die dann sozusagen als Buße an die Betroffenen geleistet werden müssen. Auch das ist

Dkfm. Helga Braunrath

vom Berichterstatter und auch von Ihnen schon erörtert worden.

Es hat auch ein Erkenntnis des Europäischen Gerichtshofes zu den notwendigen Änderungen geführt. Und zwar, daß die sogenannte oder vulgär genannte Rabattierungsregelung nicht zum Tragen kommt, sondern jede oder jeder der Betroffenen - denn es geht ja um die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, da wird es dann erst interessant werden - diese Entschädigungszahlungen zu bekommen haben wird. Ich möchte nicht versäumen festzuhalten, daß das bei einer großen Zahl von Bewerbern oder nicht Beförderten doch zu erheblichen Kosten führen könnte. Ich weiß aber, daß man das hier nicht anders regeln konnte.

Dieses Gesetz enthält auch die Möglichkeit, die sexuelle Belästigung zumindest unter Sanktion zu stellen. Damit sind wir bei der grundsätzlichen Frage des Umganges der Geschlechter miteinander im Berufsleben, was ein sehr wesentlicher Bereich ist. Auch darauf hat mein Vorredner bemerkenswert hingewiesen, das möchte ich durchaus anerkennen. Für mich ist der Umgang im Berufsleben zwischen den Geschlechtern auch eine Frage der gegenseitigen Achtung und der Menschenwürde. Der alte Geheimrat Goethe, der, wie wir alle wissen, nicht gerade unerfahren mit dem weiblichen Geschlecht war, hat dazu einmal in den "Wahlverwandtschaften" eine schöne Aussage getätigt: "Der Umgang mit Frauen ist das Element guter Sitten." So gesehen finde ich diesen Teil des Gleichbehandlungsgesetzes ganz sicher wichtig und gut.

Als letztes, das Frauenförderungsgebot. Es zielt auf die Beseitigung einer Unterrepräsentation von Frauen ab, bis ein Verhältnis der Ausgewogenheit zwischen Frauen und Männern erreicht sein wird. Gerade dieses Gebot löst sicher nicht bei allen hier im Hohen Haus Anwesenden oder auch nicht Anwesenden helle Begeisterung aus.

Meine Damen und Herren, ich habe sehr lange darüber nachgedacht und habe mich durchgerungen folgendes zu sagen: Ich bin eigentlich schon froh, die Mutter zweier - übrigens recht tüchtiger - Töchter und nicht eines Sohnes zu sein. (*Zwischenruf des Abg. Nicka*) Ich habe mir immer einen Sohn gewünscht, aber in dieser Hinsicht würde mich das heute besorgt machen, denn die Erfahrungen aus den Bundesdienststellen zeigen, daß gerade dieses Gebot oder die, wie man es landläufig nennt, "positive Diskriminierung", nicht unbedingt konfliktfrei und unproblematisch über die Bühne geht. Im schlimmsten Fall - was wir nicht unbedingt wollen - kann es zu übersteigertem Ehrgeiz bis zu Profilierungsneurosen und nachfolgenden schweren Enttäuschungen führen. Natürlich kann man sagen, das haben die Frauen schon immer gehabt, jetzt sollen einmal die Männer sehen wie das ist. Nur ich warne davor.

Ich möchte diese Gelegenheit heute nicht vorbeigehen lassen, ohne auf einen Umstand hinzuweisen: Wir haben in der vergangenen Woche ein sehr bedauerliches Ereignis im Bereich des Tierschutzes erlebt, wo sich die engagierten Menschen dann in zwei Gruppen geteilt ha-

ben, in die wirklichen Tierschützer und in die sogenannten Tierbefreier. Das Ergebnis war eine Strecke sogenannter befreiter Pelztiere, die dem Straßenverkehr und den anderen Unbilden der Natur, denen sie nicht gewachsen waren, zum Opfer gefallen sind.

Ich möchte uns nicht mit dem Tierschutz vergleichen, nur möchte ich bei dieser Gelegenheit auch unterscheiden zwischen wirklich sinnvoller, nutzbringender Politik für und mit Frauen und militanter Frauenpolitik ohne Augenmaß. (*Beifall bei der ÖVP*) Ich glaube, auch da kann ein Überziehen mehr Schaden zwischen den Geschlechtern und in der Gesellschaft anrichten, als es letzten Endes nützt.

Im vorliegenden Entwurf haben wir gerade die Passage der sogenannten "positiven Diskriminierung" meiner Meinung nach sehr positiv und sehr vernünftig definiert. Nämlich mit dem Passus der Ausgewogenheit, was in den Erläuterungen als Äquivalent zum Prozentsatz der Berufstätigkeit definiert ist. Was meiner Meinung nach auch richtig ist, Frauen sollen im Beruf, so wie sie vertreten sind, auch Aufstiegschancen vorfinden. Nach Erreichen dieser Ausgewogenheit wird es meiner Meinung nach erst zu einer tatsächlichen Gleichbehandlung im Berufsleben kommen, wenn diese Ausgewogenheit auch gelebt und verwirklicht wird, was, wie wir alle wissen, in manchen Dienststellen gar nicht möglich sein kann. Ich verweise wieder auf das berühmte Beispiel im Straßenbau.

Die Kommission wird einer Berichtspflicht alle drei Jahre unterliegen und die Praxis wird dann zeigen, wie sehr das Gesetz greift und die Regierung, die diesen Bericht empfängt, wird ihn dann dem Landtag vorlegen. Das Gesetz wird auch für die Gemeinden gelten.

Ich möchte abschließend auch noch auf die Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes hinweisen oder wie es der Vorsitzende des öffentlichen Dienstes, Herr Hofrat Dohr, in der vorigen Woche im Zusammenhang mit der Pensionsreform gesagt hat "Jokkele geh Du voran...". In dem Fall ist es so, daß der öffentliche Dienst vorangeht.

Gerade im öffentlichen Dienst sind meiner Meinung nach die Benachteiligungen der Frauen nicht so kraß wie im übrigen Berufsleben. Das möchte ich schon sagen, denn die Stellenausschreibung erfolgt geschlechtsneutral. Im öffentlichen Dienst ist wenigstens das Entlohnungsschema, das Entgelt für die Leistungen, gleich und ohne Unterschied. Bei der Weiterbildung und bei Beförderungen mag es da und dort Defizite geben.

Die sexuelle Belästigung - vielleicht auch noch eine Bemerkung, mag sein, daß das mein persönlicher Eindruck ist - scheint mir auch in anderen Bereichen häufiger vorzukommen als im öffentlichen Dienst. Vielleicht sind die Ämter und die Schulen nicht so aufregend, ich weiß es nicht. Jedenfalls habe ich den Vergleich zwischen drei Jahren in einer Bank und 21 Jahren im öffentlichen Dienst und ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: beides probiert, kein Vergleich. Jedenfalls soll dieses Gesetz eine Signalwirkung - darum geht es uns vor

Elisabeth Ficker

alles - auf alle Bereiche des Berufslebens und der Gesellschaft ausüben. Um das zu erzielen, werden wir dem Antrag des Berichterstatters folgend unsere Zustimmung geben.

Zum Objektivierungsgesetz darf ich kurz ausführen, daß die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, auch das ist eine Facette, die vielleicht noch gar nicht erwähnt worden ist bei unseren Debatten, eine aktive Teilnahme von Frauen in den Entscheidungs- und Empfehlungsgremien verlangt. Da in der Objektivierungskommission des Landes Burgenland weibliche Landesbedienstete nicht ausreichend repräsentiert sind, räumt die zu beschließende Änderung der für Frauenfragen zuständigen Landesbediensteten das Recht ein, an den Sitzungen der Objektivierungskommission mit beratender Stimme teilzunehmen.

Daher ist es mir auch nicht verständlich, Herr Kollege Poglitsch, warum Sie sich dagegen sperren. Sie wollen das verzögern, indem Sie das ganze Objektivierungsgesetz neu haben wollen. Aber diese Änderungen gehören wohl unabdingbar zum Gleichbehandlungsgesetz dazu. Ich verstehe nicht, wieso Sie das nicht mitbeschließen wollen, aber das ist Ihre Sache. Im übrigen wird die Objektivierungskommission auch verpflichtet, die Vorgaben des Frauenförderungsprogramms bei ihren Reihenüberlegungen zu berücksichtigen. Selbstverständlich werden wir der Änderung des Objektivierungsgesetzes unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident **Dr. Moser** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Elisabeth Ficker das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Elisabeth Ficker** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Poglitsch, ich wäre auch für die Parität in den Kommissionen, wichtiger erscheint mir jedoch die Parität unter den Bediensteten, und das soll der erste Schritt in diese Richtung sein. Zur Begutachtung möchte ich nur sagen: Der beamtete Personalreferent Dr. Prinke hat mir gerade gesagt, daß das Begutachtungsverfahren sehr wohl eingehalten wurde und sogar zweimal an die zuständigen Stellen gesandt wurde.

Meine Damen und Herren! Ziel des heute zu beschließenden Landes-Gleichbehandlungsgesetzes ist die Verankerung des Grundsatzes des Gleichbehandlungsgebotes für Frauen und Männer im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig beinhaltet das Gesetz besondere Förderungsmaßnahmen für Frauen im Bereich des öffentlichen Dienstes.

Da das Gleichbehandlungsgesetz des Bundes aus 1979 Arbeitsverhältnisse des öffentlichen Dienstes ausdrücklich aus seinem Geltungsbereich ausnimmt, war es notwendig, die Gleichbehandlung in diesem Bereich in einer gesonderten Norm zu verankern. Auf Bundesebene geschah das mit dem Bundes-Gleichbehandlungsgesetz aus 1993, zuletzt geändert im Jahre 1996.

Das burgenländische Landes-Gleichbehandlungsgesetz gilt für den öffentlichen Dienst des Landes, die KRAGES und die Gemeinden und umfaßt einen Personenkreis von rund 6.500 Kolleginnen und Kollegen. Diese 6.500 Bediensteten stellen 2,3 Prozent der burgenländischen Bevölkerung oder 7,7 Prozent aller burgenländischen Arbeitnehmer dar. Die Landeslehrer sind vom Geltungsbereich des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes jedoch ausgenommen. Für sie gilt das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz.

Neben dem Homogenitätsprinzip gegenüber dem Bund muß auch die EU-Konformität sichergestellt sein. Es bestehen auch völkerrechtliche Verpflichtungen zur Umsetzung der Grundsätze der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung. Der EU-Rat hat zwei Richtlinien zu dieser Materie erlassen, und zwar die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgeltes für Männer und Frauen und die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen.

Im zweiten Hauptstück des Gesetzes kommt das Gleichbehandlungsgebot zum Tragen. Auf Grund des Geschlechtes darf im Zusammenhang mit einem Dienst- oder Ausbildungsverhältnis niemand unmittelbar oder mittelbar diskriminiert werden. Es zeigt sich, daß Mädchen in der Schule und im Studium oft besser abschneiden als Burschen. Mit diesem Gesetz wird Sorge dafür getragen, daß diese Kurve im Beruf nicht plötzlich abfällt.

Ich habe mir die leitenden Dienstposten im Amt der Landesregierung, den Bezirkshauptmannschaften, den Baubezirksämtern und den Anstalten und nachgeordneten Dienststellen angesehen. Bei den Dienststellenleitern und ihren Stellvertretern besteht ein Verhältnis von 69 zu 5. Für wen brauche ich nicht erst zu sagen. Allein im rechtskundigen Verwaltungsdienst der Bezirkshauptmannschaften besteht ein Geschlechterverhältnis von 21 Männern zu 4 Frauen. Aber hier zeigt sich bereits deutlich, daß bei Aufnahmen die Diskriminierung bereits gefallen ist.

Ich habe mir die Aufnahmen allein im juristischen Bereich angesehen, weil gerade bei den A-Bediensteten großer Aufholbedarf seitens der Frauen besteht. Seit 1991 wurden acht Juristen und 14 Juristinnen aufgenommen. Also eine für die Frauen durchaus positive Bilanz. *(Abg. Thomas: Na bitte! Wo lebt die Gleichberechtigung der Männer?)*

Im 9 7 des Gesetzes wird die Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes in Form sexueller Belästigung behandelt, sowohl durch Vertreter oder Vertreterinnen des Dienstgebers als auch durch Dritte. Das 3. Hauptstück regelt die Institutionen, die sich mit der Gleichbehandlung und Frauenförderung befassen:

1. Die Gleichbehandlungskommission soll aus fünf Mitgliedern bestehen. Diese Kommission soll Gutachten zu Gleichbehandlungsfragen erstellen und zu Stellung-

Elisabeth Ficke,

- nahmen bei der Begutachtung von Landesgesetzen und Verordnungen eingeladen werden. Hier würde ich mich freuen, und ich werde mich auch dafür einsetzen, daß den Vorsitz in dieser Kommission eine Frau innehat. (*Beifall bei der SPÖ*)
2. Die Gleichbehandlungsbeauftragten. Sie werden mit dem Schutz und der Förderung der Interessen hinsichtlich der Gleichbehandlung und der Frauenförderung beauftragt. Die Gleichbehandlungsbeauftragten sind auch berechtigt, die Erstellung eines Gutachtens bei der Gleichbehandlungskommission einzureichen.
 3. Die Kontaktfrauen für Probleme der weiblichen Bediensteten im Dienststellenbereich. Diese Kontaktfrau kann in Dienststellen mit mehr als fünf Dienstnehmerinnen bestellt werden. Da die Beratung und Unterstützung nur der weiblichen Bediensteten gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen würde, soll die Kontaktfrau an einer Dienststelle nur solange tätig sein, als an dieser Dienststelle Frauen unterrepräsentiert und im Zusammenhang mit dem Dienstverhältnis benachteiligt sind.

Sowohl die Mitglieder der Gleichbehandlungskommission als auch die Gleichbehandlungsbeauftragten und die Kontaktfrauen sind in ihrer Tätigkeit als Vertreterinnen und Vertreter der Bediensteten gegenüber dem Dienstgeber weisungsfrei und unabhängig.

Im 4. Hauptstück ist nunmehr das Frauenfördergebot verankert. Im Sinne der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau sind Maßnahmen zur aktiven Förderung der Frauen so lange zulässig, als es einen tatsächlichen Aufholbedarf gibt.

Von Ausgewogenheit zwischen Frauen und Männern kann dann gesprochen werden, wenn im Landesdienst der Frauenanteil, und zwar sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Funktionen der betreffenden Verwendungs- und Entlohnungsgruppe, den statistisch belegten Frauenanteil an der berufstätigen Bevölkerung in Österreich erreicht. Dieser Frauenanteilliegt derzeit bei 42 Prozent.

Nach einer Statistik aus dem Jahre 1995 beträgt der Frauenanteil bei den Landesbediensteten einschließlich der Spitäler zwar 53 Prozent, aber bei näherer Betrachtung zeigt sich der große Frauenanteil jedoch nur im c- und d-Bereich der Spitäler und des Amtes der Landesregierung, also in den gehaltsmäßig niedrigen Sparten. Im höher qualifizierten und natürlich auch höher bezahlten Bereich sind die Frauen dagegen stark unterrepräsentiert. Hier sehen wir, daß das Gesetz sehr wohl seine Berechtigung hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Beschluß des Gleichbehandlungsgesetzes war auch die Novelle des Objektivierungsgesetzes notwendig. Und zwar sollen bereits im Vorfeld einer Aufnahmeentscheidung durch die Landesregierung seitens der Objektivierungskommission die Zielvorgaben des Frauenförderprogramms berücksichtigt werden.

Die Objektivierungskommission hat bei der Reihung mehrerer Bewerber zunächst die fachliche und persönli-

che Eignung sowie die sozialen Verhältnisse zu prüfen und dem Reihungsvorschlag zugrunde zu legen. Wenn sich auf Grund dieser Kriterien eine Pattstellung ergeben sollte, die zu einer ex-aequo-Reihung führen würde, wird dieses Gesetz in der Praxis wirksam. Die Objektivierungskommission ist dann verpflichtet, bei gebotener Frauenförderung der nicht geringer geeigneten und aus sozialer Sicht nicht weniger berücksichtigungswürdigeren Bewerberin den Vorzug gegenüber dem männlichen Mitbewerber zu geben. Laut UN-Konvention ist diese Bevorzugung jedoch nur so lange zulässig, bis Chancengleichheit und Gleichbehandlung erreicht sind.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mit dieser gesetzlichen Regelung wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die in unserer Gesellschaft nun schon seit mehreren Jahrzehnten zu beobachten ist. Nämlich der Tatsache, daß immer mehr Frauen auf eigenen Füßen stehen möchten.

Bis in die 70er Jahre entsprach das Bild unserer gesellschaftlichen Struktur fast exakt den Rollenbildern, die traditionell verteilt wurden: Der Mann galt als Familienerhalter, der deshalb auch einem Beruf nachzugehen hatte. Der steigende Wohlstand wurde zwar vor allem durch die zusätzliche Berufstätigkeit der Frauen ermöglicht, aber es war eben nur die zusätzliche berufliche Tätigkeit der Frauen.

In der Zwischenzeit haben sich enorme Veränderungen ergeben: Früher betrachtete man eine weiterführende Ausbildung der Mädchen als nicht notwendig. Heute haben wir ein offenes Bildungssystem, das vor allem und speziell von den Mädchen und Frauen in Anspruch genommen wird. Es zeigt sich, daß - gemessen an den Schulerfolgen - die Mädchen den Burschen zumindest ebenbürtig sind.

Das bedeutet: In den nächsten Generationen wird es zwischen dem Ausbildungsstand und dem Bildungsweg der Frauen und Männer keine wesentlichen Unterschiede mehr geben. Früher entsprach es dem Rollenbild, daß sich Frauen mehr mit sozialen und weniger mit technischen Dingen auseinandergesetzt haben. Heute können wir erfreulicherweise feststellen, daß eine sogenannte "Männerdomäne" nach der anderen auch den Frauen zur Verfügung steht. Hatte die Frau früher zur Führung des Haushaltes, zur Kindererziehung und bei uns im Burgenland auch als Nebenerwerbslandwirtin auf eine berufliche Tätigkeit verzichtet, so wurde sie später auch berufstätig, allerdings vorwiegend in angelernten Tätigkeiten wie Nähereien und bei Fließbandarbeiten.

Heute haben sich die Lebensumstände in unserer Gesellschaft entscheidend verändert. Die Zahl der Alleinerzieherinnen steigt enorm. Die Menschen verzichten auf die Zuerwerbs- und Nebenerwerbslandwirtschaft und die Modernisierung der Haushalte hat viele Erleichterungen gebracht. Das Bewußtsein, die Ehe nicht als Versorgungsinstitution, sondern als Partnerschaft zu betrachten, ist bei der Jugend sehr ausgeprägt. Das Recht, Karriere zu machen, steht also längst nicht mehr nur den Männern zu.

Landesrätin Christa Prets

Das bedeutet: Es gibt keine sachlichen Argumente, die gegen eine Gleichbehandlung der Frauen auf allen Ebenen der Arbeitswelt sprechen. Dazu kommt, daß die Frauen viel selbstbewußter geworden sind. Sie sind bereit, sich zu organisieren und ihre Rechte durchzusetzen. Daher brauchen wir auch gesetzliche Normen, um dieser Veränderung Rechnung zu tragen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das vorliegende Gesetz gemeinsam mit dem Objektivierungsgesetz soll nun den rechtlichen Rahmen dafür bieten, daß wir die gesellschaftlichen Realitäten auch wirklich umsetzen. Und wenn man männlicherseits oft hört, dieses Gesetz sei ein Sonderrecht und eine Bevorzugung der Frauen, so möchte ich dem mit aller Entschiedenheit widersprechen.

Meine Damen und Herren! Das, was wir heute beschließen, ist die Einleitung eines Nachholprozesses, der die gesellschaftliche Wirklichkeit in die Arbeitswelt des öffentlichen Dienstes bringen soll. Wir müssen durch gesetzliche Regelungen sicherstellen, daß die Frauen nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten.

Angesichts der derzeitigen Beschäftigungslage müssen wir uns vorsehen, daß Gesellschaftspolitik nicht über den Arbeitsmarkt ausgetragen wird und die Frauen wieder in die Rolle der Hausfrau und Mutter zurückgedrängt werden. Das vorliegende Gesetz ist aus meiner Sicht ein Akt der Gerechtigkeit. Es freut mich, daß auch meine männlichen Kollegen diesen Akt setzen wollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine Fraktion wird diesen beiden Gesetzen die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Moser: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landesrat Christa Prets. Ich erteile es ihr.

Landesrätin Christa Prets: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich für die einstimmige Zustimmung zu dem Gleichbehandlungsgesetz bedanken. Es hat zwar lange gedauert, aber wir haben es geschafft. Wir waren ja schon vor einem Jahr einmal so weit und wollten es dem Landtag zuweisen, konnten es nicht auf Grund einer EU-Regelung und haben es noch einmal nacharbeiten und überarbeiten müssen. Ich möchte auch den Herren, die es vielleicht öfter belächeln, sagen, es ist ja nicht "nur" ein Gleichbehandlungsgesetz, was die Frauen betrifft, obwohl sie meistens der Meinung sind, sondern es ist eines, wo drinnen steht, daß weder Frauen noch Männer diskriminiert werden dürfen. Ich glaube, das muß wohl im Interesse unser aller liegen. Daher ist es sicher wertvoll und wichtig, dieses Gesetz zu haben, daß man Ungleichbehandlungen ahnden kann, daß man dem vorbeugen kann und daß man sie aus der Welt schaffen kann. Wichtig ist das Frauenfördergebot, es gibt genügend Beispiele, wo wir feststellen, daß die Frauen unterrepräsentiert sind. Das soll aber nicht heißen, daß blind eingestellt wird, wo ein Frauenmanko ist, sondern hier wird genau nach Qualifikation, bei gleicher Leistung *(Ruf: Mir kommen die Tränen!)* bei gewissen Voraussetzungen der Frau der Vorrang gegeben. Das heißt, die Frau muß

sich das sehr wohl verdienen. Das wird sehr oft belächelt und hingestellt als "jetzt kommen die Frauen". Frauen müssen sich das verdienen. Wenn ein Mann eingestellt wird, wird weniger nachgefragt, das muß ich schon sagen. Wichtig ist daher, und darauf bestehen wir auch als Frauen, daß bei gleicher Leistung und bei gleichen sozialen Verhältnissen der Frau der Vorzug zu geben ist. Das Gesetz ist sehr ausgewogen und sehr wichtig. Ich bedanke mich für die Zustimmung aller. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Moser: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. *(Abg. Bi eie r: Ich verzichte!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet zum 3. und 4. Punkt der Tagesordnung auf das Schlußwort, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die zwei Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den dritten Tagesordnungspunkt abstimmen, es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 181, über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung der Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG), Zahl 17 - 125, Beilage 195.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf, mit dem vom Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Unruhe in den Bänken)* Ich bitte dem Abstimmungsvorgang die gebotene Achtung entgegenzubringen.

Der Gesetzentwurf über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG) ist somit mit den vom Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes und der Gemeinden (Landes-Gleichbehandlungsgesetz - L-GBG) ist somit mit den vom Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den vierten Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 182, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, Zahl 17 - 126, Beilage 196.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Präsident

Der Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.